OSTEUROPA

Vergiftete Atmosphäre

Seit 1989 haben sich die Osteuropäer vor ihrer Vergangenheit gedrückt – jetzt zwingt die Aufdeckung prominenter Spitzel die neuen EU-Mitglieder, sich der Wahrheit zu stellen.

Der Slogan klingt kühn, er strotzt geradezu vor Selbstbewusstsein: „Wir bringen die Zukunft auf Ihren Schreibtisch.“ Derzeit jedoch sorgt die Budapester Consulting-Firma „Political Capital“ eher mit Dokumenten aus der Vergangenheit für Aufsehen: Sie bringt peinliche Zeugnisse für Spitzeldienste in der Vorwendezeit in Erinnerung und rückt zahllose Ungarn ins Zwielicht.

EASTWAY

Aufklärer Wildstein, Unterstützer: *Eigenmächtiger Schritt*

Als Erstes setzte das Institut eine Liste mit 19 Namen ins World Wide Web, auf der angebliche Mitarbeiter des ehemaligen ungarischen Geheimdienstes identifiziert werden. Die Bloßgestellten sind heute ehrenwerte Journalisten, Rockmusiker, bilden aber auch das Who’s who der Budapester Polit-Szene: Ex-Premier Péter Medgyessy findet sich da, der frühere Botschafter im Vatikan, Sándor Keresztes, dazu der amtierende Notenbankchef oder der stellvertretende Direktor der ungarischen Europol-Filiale.

Allein in den ersten zwei Stunden nach Veröffentlichung verzeichnete die Internet-Seite einen Ansturm von über 100 000 Besuchern. Für viele Ungarn werden die Mechanismen und Verästelungen des kommunistischen Spitzelsystems erst jetzt nach und nach deutlich.

„Political Capital“ hat inzwischen nachgelegt und 60 weitere mutmaßliche Agenten im Netz an den Pranger gestellt, unter ihnen den einstigen Fußballstar Dezso Novak sowie den renommierten Theaterkritiker Peter Molnar Gal. Sein Institut verfüge noch über mehr als tausend Namen von Mitarbeitern des kommunistischen Repressionsapparats, ließ der Direktor von „Political Capital“, Krisztián Szabados, wissen und kündigte weitere Veröffentlichungen an. Doch wie zutreffend die Vorwürfe im Einzelfall sind, muss sich erst noch erweisen.

Ihre düstere Vergangenheit unter Hammer und Sichel holt dieser Tage aber nicht nur die Ungarn ein: Auch in Polen, der Slowakei und Litauen kursieren Listen von Geheimdienstmitarbeitern und wirbeln die politische Szene durcheinander. Die frischaufgedeckten Stasi-Dienste werden im Wahlkampf für Anschuldigungen benutzt, Freundschaften zerbrechen, Politiker, Professoren und Wirtschaftsbosse müssen ihren Abschied nehmen. Und in allen Ländern debattiert die Öffentlichkeit eifrig mit: Soll die Vergangenheit ruhen – oder sollen die Zuträger und Spitzel von damals Ämter und Ansehen verlieren?

Anders als in der ehemaligen DDR vergilbten die Akten der Staatssicherheitsdienste Mittelosteuropas in düsteren Archiven. Die Menschen hatten Wichtigeres zu tun: Zunächst sollten die marode Wirtschaft privatisiert und in Schwung gebracht, Staat und Justiz demokratisiert werden. Nun jedoch fordern immer mehr Bürger nach der politischen und ökonomischen Umwälzung auch die moralische Wende ein.

„Die Unwissenheit über die Vergangenheit hat unsere Gesellschaft und die politische Atmosphäre über 15 Jahre lang vergiftet“, sagt Stasi-Aufklärer Szabados. Unterschwellig hatte der Argwohn die Menschen auf ihrem Weg zu Demokratie und Kapitalismus immer begleitet. Hatte womöglich der Nachbar mit dem Unterdrückersystem kollaboriert? Um endlich Klarheit zu schaffen, fordert Szabados daher für Ungarn ein Gesetz, das den Zugang zu den Akten aus der Zeit des Kommunismus regelt.

Wie Szabados hat auch der Warschauer Journalist Bronislaw Wildstein eine Liste veröffentlicht – mit 240 000 Namen. „Der Kommunismus ist längst noch nicht Geschichte“, sagt er: „Man kann die Vergangenheit aber nicht loswerden, indem man sie totschweigt.“ Die Enthüllung machte Wildstein zu einem Volkshelden. Als die Warschauer Zeitung „Rzeczpospolita“ ihn wegen seines eigenmächtigen Schritts feuerte, versammelten sich vor dem Redaktionshaus Hunderte Demonstranten zu Solidaritätskundgebungen. „Wir fürchten uns nicht vor der Wahrheit“ war auf ihren Transparenten zu lesen.

Die Wochenzeitung „Atgimimas“ im litauischen Vilnius outete jüngst Außenminister Antanas Valionis und den Chef

CZAREK SOKOLOWSKI / AP

Warschauer Zentrum: *„Alte Seilschaften und korrupte Netzwerke“*

des litauischen staatlichen Sicherheitsdienstes, Arvydas Pocius – die beiden sollen zu Sowjetzeiten der KGB-Reserve angehört haben.

In der Slowakei hatte der Autokrat Vladimír Mečiar in den neunziger Jahren seine Herrschaft auf die Geheimdienstkader aus der kommunistischen Ära gestützt und jede Aufarbeitung der Vergangenheit hintertrieben. Erst der Wahlsieg der Demokraten um Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda machte den Weg frei, die dunklen Kapitel der jüngsten Vergangenheit aufzuarbeiten.

Jetzt veröffentlicht das Institut für Nationales Gedenken in Bratislava, das Pendant zur deutschen Stasi-Behörde, nach und nach Spitzellisten für alle Regionen des Landes. Staatssekretär Jan Hurny musste bereits abtreten, weil er in den achtziger Jahren beim tschechoslowakischen Sicherheitsdienst die Ausreisepläne eines Freundes verraten hatte. Noch bevor die Liste für Bratislava erschien, trat auch Parlamentspräsident Pavol Hrusovsky die Flucht nach vorn an und räumte ein, bei der Stasi wohl als Zuträger geführt worden zu sein. Zugleich beteuerte er, niemals Spion gewesen zu sein.

Der öffentliche Druck ist so hoch, dass selbst das slowakische Episkopat versprach, die eigenen Reihen zu durchleuchten, und sich gleich vorbeugend für Verfehlungen entschuldigte: „Wir bitten alle um Vergebung, die durch die Mitarbeiter von katholischen Priestern beim Geheimdienst zu Schaden gekommen sind.“ Mittlerweile sind Stasi-Kontakte von zwei Bischöfen aufgeflogen. Auch die katholische Kirche Ungarns fand einige ihrer höchsten Talarträger im Netz als Spitzel aufgezählt. Manche der Veröffentlichungen, wetterte die Bischofskonferenz, seien „ekelerregend und inakzeptabel“.

PAUL SCHIRNHOFER / AGENTUR FOCUS

Aufklärer Gauck (1992)
180 Kilometer Stasi-Papiere

LASZLO BALOGH / REUTERS

Ungarischer Premier Medgyessy (2002)
Peinliche Zeugnisse

Eine grundlegende Abrechnung mit den Zuträgern von einst, wie sie in Deutschland seit der Wende betrieben wurde, wagte kein einziges osteuropäisches Land. Bis zum Ende der neunziger Jahre war die deutsche Aufklärungsbehörde ein europaweit einmaliges Institut. Auf Druck der DDR-Bürgerbewegung 1990 gegründet, sammelten die bis zu 2400 Mitarbeiter anfänglich unter der Leitung des Theologen Joachim Gauck 180 laufende Kilometer Stasi-Papiere, bearbeiteten 2,1 Millionen Anträge auf Akteneinsicht und durchleuchteten die Vergangenheit von Beamten, Politikern und Managern.

Mittlerweile ist das Know-how der Berliner zu einem begehrten Exportartikel geworden. „Wir haben intensive Anfragen aus vielen Ländern mit Unrechtsregimen“, sagt Günter Bormann von der Behörde, die seit September 2000 von der ehemaligen Grünen-Parteichefin Marianne Birthler geleitet wird. Am häufigsten müssen die Berliner beantworten, wie sich Berge von mehreren tausend Anträgen auf Akteneinsicht organisatorisch am besten bewältigen lassen.

Schweigen – das war der Preis, den Oppositionelle und Dissidenten 1989 an Osteuropas runden Tischen für den friedlichen Abgang ihrer kommunistischen Kontrahenten zahlen mussten. Noch standen russische Truppen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, niemand wusste, wie sich die alten Machtapparate verhalten würden, wenn man zu tief in der Vergangenheit gebohrt hätte.

Selbst Dissidenten wie der Pole Adam Michnik verteidigten den sogenannten großen Schlussstrich in dem Glauben, der Umbruchprozess habe die Kommunisten geläutert. Deren Parteien allerdings gelang – inzwischen zur Sozialdemokratie gewendet – ab Mitte der neunziger Jahre eine Art Restauration. „Die alten Seilschaften funktionierten noch und bildeten korrupte Netzwerke“, sagt Stasi-Jäger Wildstein verbittert. Aus den roten Bonzen wurden rote Bosse, die sich bei der Privatisierung der Staatsbetriebe mitunter zielsicher die besten Firmen besorgten.

Doch hatten sie die Rechnung ohne die freie Presse und die zahlreichen privaten Stasi-Jäger gemacht. In etlichen Ländern fliegen nun jede Woche neue Kumpeleien und Korruptionsskandale auf. „Der Appetit der Kleptokraten wurde einfach zu groß“, sagt der Berliner Osteuropa-Experte Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Immer lauter erschallt der Ruf, nicht nur aktuelle Machenschaften, sondern auch endlich die Stasi-Verwicklungen aufzuarbeiten. Selbst Politiker der Linken wie Ungarns Premier Ferenc Gyurscány, Forint-Milliardär und Mitglied der belasteten Sozialistischen Partei, drängen darauf, die Archive endlich zu öffnen.

Und die enthalten jede Menge politischen Sprengstoff: Noch um 1990 waren in Mittelosteuropa bis zu 200 000 Geheimdienstler im Einsatz, die Länder der damaligen Sowjetunion nicht eingerechnet.

Der Wunsch nach Aufarbeitung und Transparenz führt jedoch mitunter zu leichtfertigen Outing-Aktionen: Stasi-Listen wie die eines Anonymus mit dem ungarischen Pseudonym „Szakértö 90“ (Experte 90), der kürzlich auf einer amerikanischen Seite auch die Namen zahlreicher Bischöfe und Priester publizierte, rufen nicht nur postkommunistische Kritiker auf den Plan. Sie seien, kritisieren Historiker, wenig hilfreich. „Ich bin strikt gegen unwissenschaftliche Listen“, moniert auch Leon Kieres vom polnischen Institut für Nationales Gedenken. Niemand wisse nämlich genau, wie zuverlässig diese Übersichten seien, kritisiert der Rechtsprofessor. So enthalte beispielsweise die Wildstein-Liste neben den Namen der Täter auch die zahlreicher Opfer.

Experten wie Kieres und Gábor Kiszely, wissenschaftlicher Leiter im „Haus des Terrors“, einem Dokumentationszentrum zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Budapest, plädieren dafür, die Stasi-Studien jeweils nationalen Instituten nach dem deutschen Vorbild zu überlassen. Um einschätzen zu können, wer wie viel Schuld auf sich geladen habe, so die Begründung, seien umfangreiche Archivstudien nötig. „Falsche Anschuldigungen können den ganzen Prozess der Durchleuchtung in Misskredit bringen“, fürchtet auch Kieres: „Die Gegner warten nur darauf, dass es zu einer Hexenjagd kommt.“

Die schmerzhafte Aufarbeitung der kommunistischen Geheimdienstvergangenheit wird noch Jahrzehnte dauern. Selbst in der Bundesrepublik mit ihrer Vorbild-Behörde ist er noch längst nicht beendet. 15 Jahre nach der Wende gehen bei Birthlers Stasi-Jägern noch immer massenhaft Anträge auf Akteneinsicht ein: Jeden Monat sind es derzeit etwa 7000.

MARION KRASKE, JAN PUHL